Brief an die Leser



KLAUS HERRMANN

Österreich is mei Herz . . .

„Was feiern wir eigentlich am 26. Oktober?", fragt Bundespräsident Alexander Van der Bellen in seiner Nachricht an die Leserinnen und Leser der „Krone", die wir in unserer Doppelausgabe für Sonntag und den Nationalfeiertag auf der Seite 4 veröffentlichen.

Ja, was feiern wir? Den Parlaments-Beschluss der immerwährenden Neutralität am 26. Oktober 1955.

Doch was heißt „immerwährende Neutralität"? Das legen etwa Blaue und Pinke gänzlich anders aus. Während die Neos mit wehenden Fahnen Österreich nicht nur als Teil einer EU-Armee, sondern am liebsten gleich der NATO sehen möchten, scheinen Kickl & Co. oft Moskau näher als Brüssel.

Der Bundespräsident erinnert in seiner Botschaft daran, dass Österreich durch den Staatsvertrag und den Beschluss der Neutralität wieder über sich selbst entscheiden konnte.

Genau darum geht es: Sollte an dieser Neutralität gerüttelt werden, dann müssen die Österreicher selbst darüber entscheiden; nicht Putin und Kickl, nicht von der Leyen und Meinl-Reisinger, sondern das Volk in einer Volksabstimmung.

Was wir uns für Österreich wünschen – das Motto dieser „Krone". Wie formuliert es heute ein Leserbriefschreiber so treffend: „Mei Herz schlagt rot-weiß-rot. Österreich is net nur mei Land – Österreich is mei Herz."

Einen schönen Sonntag, einen schönen Nationalfeiertag mit Ihrer „Krone"!

Chefredakteur



Fotos: Staatsdruckerei, Manhart Eva

Finanzminister Marterbauer verordnet ein Einfrieren der Bundesgebühren für kommendes Jahr. Davon profitieren Hunderttausende.

Regierung verhängt Gebühren-Stopp

Reisepass, Autozulassung und Führerschein werden 2027 nicht teurer

Im Vorjahr schossen die Gebühren in die Höhe, nun steigt die Regierung auf die Bremse. Wie die „Krone" erfahren hat, werden im kommenden Jahr die Bundesgebühren nicht an die Inflation angepasst. Wer also einen Reisepass, Personalausweis, Führerschein, Zulassungsschein und dergleichen benötigt, zahlt keinen Cent mehr. Bei einer vollen Valorisierung hätte das die Menschen im Land 25 Millionen Euro gekostet, rechnet Finanzminister Markus Marterbauer vor.

Laut Statistik Austria wurden im Vorjahr exakt 168.437 Führerscheine ausgestellt. Die Zahl der Reisepässe, die durchschnittlich pro Jahr ausgestellt werden, beträgt 750.000. Und es gibt jährlich mehr als 1,4 Millionen Neuzulassungen und Ummeldungen von Fahrzeugen. Marterbauer hofft, dass durch die Gebührenbremse auch die allgemeine Inflation gedämpft wird. Gleichzeitig zur Gebührenbremse werden die Preise für Klimaticket sowie Pkw-Jahresvignette (wie berichtet) lediglich um zwei statt der vorgesehenen 3,6 Prozent entsprechend dem Verbraucherpreisindex erhöht.

Frühkäuferbonus bei der Autobahnvignette

Autofahrer profitieren von einer Frühkäufer-Aktion bei der Jahresvignette: Wer die neue Vignette fürs nächste Jahr vor dem 1. Jänner 2027 kauft, erhält sie noch zum bisherigen Preis von 106,80 Euro. Erst zum Jahreswechsel wird die Vignette um zwei Prozent auf 108,90 Euro angehoben.

Im Zuge des Sparbudgets waren die Gebühren 2025 extrem stark angehoben worden. Einer der Gründe: Die meisten Bundesgebühren waren davor jahrelang nicht erhöht worden, teils sogar seit 2011 nicht mehr. Daraus ergab sich eine Inflationsanpassung von 48,2 Prozent.

Die Gebühr für Reisepässe stieg im Juli 2025 von 76 auf 112 Euro, für Personalausweise von 62 auf 91 Euro. Der Führerschein kostet seither 90 statt 61 Euro, der Zulassungsschein 178 statt 120 Euro.

Petja Mladenova

„Spritzer-Novelle" gefordert

Zum Nationalfeiertag fordern Österreichs Weinbau-Spitzen einen patriotischen Akt im Weingesetz: Wo „Spritzer" draufsteht, soll in Hinkunft rot-weiß-roter Wein drin sein müssen



Schmuckenschlager (li.) und Oschep wenden sich via „Krone" an die Bundesregierung.

Fotos: LKNÖ/Imre Antal, Maria Hollunder, Baumgartner

Die Bouteille ist in der Bredouille: Weltweit steht die Weinwirtschaft unter Druck. Steigende Kosten, ein verändertes und rückläufiges Konsumverhalten sowie wirtschaftliche Unsicherheit treffen praktisch alle Weinländer, auch Österreich, das sich im internationalen Vergleich allerdings wacker hält.

Die Branche spült jährlich rund 1,2 Milliarden Euro an Steuern und Abgaben in die öffentlichen Kassen. Drei Viertel davon gehen an den Bund und die Sozialversicherungen, 20 Prozent an Länder und Gemeinden. Wein macht 7,5 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Produktion aus, 20 bis 25 Prozent der Produktion fließen ins Ausland.

Gemeinsamer Vorstoß für Patriotismus im Weinglas

Pünktlich zum Nationalfeiertag und parallel zu den laufenden Verhandlungen über ein neues Weingesetz rufen Österreichs „Ober-Winzer" zu mehr Patriotismus auf, und zwar beim heimlichen Nationalgetränk, dem „Gspritzten". Rund 500 Millionen Spritzer werden laut Schätzung der Weinwirtschaft hierzulande jährlich getrunken. Mancherorts wird aber auch mit Wein aus dem Ausland gemischt. Das soll sich künftig ändern.

Johannes Schmuckenschlager, Weinbaupräsident Österreichs und Europas, und Wein-Burgenland-Chef Herbert Oschep servieren der Bundesregierung dafür eine Gesetzesnovelle auf dem Silbertablett und machen damit ein Fass auf. Die Forderung ist simpel: Wo in Österreich „Spritzer" draufsteht, soll künftig zwingend rot-weiß-roter Wein im Glas sein. „Wenn man in einem Weinland wie Österreich einen Spritzer bestellt, erwartet man sich selbstverständlich Wein aus Österreich. Dieser Erwartung müssen wir nachkommen", sagt Schmuckenschlager.

Rechtsgutachten bereits in Auftrag gegeben

Herbert Oschep legt nach: „Wir sind patriotische Weintrinker und stehen zu 100 Prozent hinter der Forderung, dass der Spritzer immer mit österreichischem Wein gemacht wird. EU und Brüssel hin oder her. Das muss im neuen Weingesetz verankert werden."

Das vinophile Duo hat seine Hausaufgaben gemacht und bei Anwalt Johannes Zink ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. „Das wird möglich sein. Wir werden alle rechtlichen Mittel ausschöpfen, um dieses Stück österreichisches Kulturgut abzusichern", erklärt der Jurist der „Krone".

Aperol-Spritzer und ähnliche Mixturen sollen von der Novelle vorerst nicht betroffen sein. Gespräche mit der Bundesregierung sollen zeitnah aufgenommen werden, wie beide Weinbau-Experten betonen. Denn jetzt können die drei Parteien zeigen, wie patriotisch sie wirklich sind.

Nikolaus Frings

ZITAT ZUM TAG

Ich bin nicht der stärkste Mensch der Welt.

Ukraines Präsident **Wolodimir Zelenskij** im Podcast „The Diary of a CEO"



Foto: Christopher Dunker

DOPPELPRÜFUNGEN

FPÖ-Landesvize Svazek fordert jetzt neue Reform der Gewerbeordnung

Fünf Jahre Verfahren, fünf Millionen Euro investiert – der Salzburger Sonnenschutzhersteller Schlotterer kämpft um die Erweiterung seines Standorts. Ein Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofs macht es nun noch schwerer: Baustellenlärm und Staub müssen künftig doppelt geprüft werden – nach Baurecht und Gewerbeordnung. Salzburgs FPÖ-Landesvize Marlene Svazek (im Bild): „Der Baustellenlärm wird nicht leiser, nur weil man ihn zweimal prüft." Sie fordert eine Reform der Gewerbeordnung von Wirtschaftsminister Hattmannsdorfer (ÖVP).



Foto: Andreas Tröster

DEBATTE ENTFACHT

Streit um Folgen der Klimaziele für Sprit

Harald Sigl vom Biodiesel-Marktführer Münzer hat eine Wirtschaftskammer-Studie kritisiert, wonach die Klimaziele Sprit teuer machen würden. Er fordert eine Staffelung der Mineralölsteuer. Die Kammer kontert: Man unterstütze das, stehe aber zur Kritik an den Klimazielen.

NACH PINKEM VORSTOSS

„Keine Ausreden mehr": Digitale Landkarte für Integration soll kommen

Was Neos-Klubobmann Yannick Shetty in der „Krone" gefordert hat, steht jetzt im Entwurf zum neuen Integrationsgesetz. Die sogenannte Integrationslandkarte nach dänischem Vorbild wird umgesetzt und soll jedes Jahr bis auf die Ebene der Zählsprengel zeigen, wo Integration gelingt und wo Parallelgesellschaften entstehen. Basis sind Daten der Statistik Austria, des AMS und der Bildungsdirektionen. „Die Zeit der Ausreden ist vorbei", sagt Shetty. Zudem müssen Asylwerber mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit künftig ab der Registrierung in der Grundversorgung Deutschkurse besuchen.